

## 500 Millionen Euro Für ein Sofortprogramm für Bildung

In seiner Frühjahrsklausur im März hat der Landesvorstand der GEW Hessen ausführlich über die Finanzspielräume im Haushalt des Landes Hessen beraten. Die GEW Hessen stellt fest: „In der mittelfristigen Haushaltsplanung ist zum ersten Mal seit Jahrzehnten genügend Geld da, um ein „Sofortprogramm für Bildung“ von 500 Millionen Euro zu finanzieren. Die Möglichkeiten für eine andere Politik sind gegeben und müssen umgesetzt werden!“

Zur Finanzierung des Programms stehen die zusätzlichen Mittel aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung (Länderfinanzausgleich) mit 585 Millionen Euro zur Verfügung.

Weiter sind im Hessischen Haushalt über 1,1 Milliarden Euro als Rücklage für möglicherweise geminderte Steuereinnahmen aus Steuersenkungen des Bundes vorgesehen. Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition im Bund sind jedoch keine Steuersenkungen vorgesehen, die die Länderebene belasten werden. Diese Rücklagen sind unnötig und können daher für Bildung verausgabt werden.

Zum für das Bildungsprogramm verfügbaren Volumen in Höhe von 500 Millionen zählt die GEW Hessen auch 200 Millionen Euro, die im Hessischen Haushalt unter dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ für Nettotilgungen vorgesehen sind. Aufgrund der sogenannten „Schuldenbremse“ wird sich die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen. Die GEW Hessen bewertet es als unsinnig, darüber hinaus auch noch Tilgungen vorzusehen. Dieses Geld ist in Bildung im „Hier und Jetzt“ besser angelegt.

Über die mittelfristige Haushaltsplanung hinaus fordert die GEW Hessen öffentliches Vermögen – wozu auch das Gemeingut Bildung gehört – durch die Wiedererhebung einer angemessenen Vermögenssteuer sicherzustellen.

Alle Forderungen des „Sofortprogramms für Bildung“ sind ohne unmittelbare Steuererhöhungen realisierbar!

Das „Sofortprogramm für Bildung“ umfasst die Bereiche Schule, den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und die Hochschulen.

## 80 Millionen Euro

### Für Arbeitszeitverkürzung und Schuldeputate

#### Lehrkräftearbeitszeit reduzieren – Entlastung schaffen!

Die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Hessen ist zu hoch. Die Lehrkräfte brauchen eine Absenkung der Pflichtstunden und spürbar mehr Entlastung. Die GEW Hessen fordert langfristig die deutliche Absenkung der Pflichtstunden. Im ersten Schritt erwartet die GEW, dass die Lehrkräftearbeitszeit um eine weitere halbe Pflichtstunde – auf das Niveau der tariflichen Arbeitszeit – noch in diesem Jahr gesenkt wird. Diese Reduzierung der Pflichtstunden kostet das Land nach GEW-Berechnungen 60 Millionen Euro pro Jahr. Auch für die Erhöhung der Schuldeputate und die Entlastung der Mentorinnen und Mentoren sieht die GEW im laufenden Haushalt des Landes reichlich finanziellen Spielraum.

Der von der Regierungskoalition von CDU und Bündnis90/Die Grünen selbst verschuldete Lehrkräftemangel ist in den kommenden Jahre ein gravierendes Problem. Die GEW fordert deshalb den deutlichen Ausbau der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und Studienseminaren, denn die seit langem anhaltende hohe Geburtenrate in Hessen ist kein kurzfristiges Phänomen. Die heute geborenen Kinder benötigen in sechs Jahren gut ausgebildete Lehrkräfte und das dreizehn Jahre lang! Um mehr angehende Lehrkräfte für die Grundschulen in Hessen zu gewinnen, fordert die GEW die Anpassung der Gehälter der Grundschullehrkräfte auf das Niveau von A 13.

## 70 Millionen Euro

### Für die Gleichstellung der Grundschullehrkräfte

#### „A 13 für alle!“ ist machbar!

Der Hessische Kultusminister Lorz hat die für die Anpassung benötigten Mittel im letzten Jahr mit nur 70 Millionen Euro pro Jahr beziffert. Angesichts der guten Haushaltslage ist das eine machbare Alternative zum anhaltenden Lehrkräftemangel und der immer noch bestehenden Ungleichbehandlung der Lehrämter!

„A 13 für alle!“ ist auch deshalb erforderlich, weil Hessen die Grundschullehrkräfte zum Beispiel gegenüber den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen mit der hohen Unterrichtsverpflichtung erheblich schlechter stellt. Bayern zahlt deutlich besser als Hessen, und Berlin und Brandenburg setzen die Forderung „A 13 für alle!“ heute schon um.